

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Verlagspreis: Die Jahrgangspostkarte kostet 100.— M., Restamalgam 900.— M.

Verlagsannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstraße 10, bis spätestens vermittels 9 Uhr. Spätere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Wir sind wöchentlich 8 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Vertriebsstellen 1170.00 RM, von unseren Büchern und sonstigen Anzeigen 120.00 RM Einzelnummer 120.00 RM

Bestellfrist und monatliche Bezüge werden vorher in der Geschäftsstelle, Leipzigerstraße 10, auch von unseren Büchern und sonstigen Anzeigen angeordnet.

Amüßliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 56

Dienstag, den 15. Mai 1923

62. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Französische Truppen sind bei Karlsruhe einen Monat weit vorgedrückt.

— Straßin begibt sich im Auftrage der Sowjetregierung nach London, um eine Regelung der schwebenden Streitigkeiten zu versuchen.

— Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Preussischen Landtages hat verabschiedete Bestimmungen gegen renitente Abgeordnete beschlossen.

— General Deputate hat eine neue Verordnung erlassen, wonach der Befehl vom 15. Mai ab auch für das Einrückungsgebiet in Wirksamkeit tritt.

— Der russische Presseschef Ahrens in Lausanne ergeht wegen seiner Angriffe gegen die Schweiz einen Ausweisungsbefehl.

— Der Dollar stieg an der Berliner Börse auf 42.992.

Im Interesse Europas.

In Sachen der Abrüstung ist es für uns zuweilen schwerer, den nötigen Ernst zu bewahren, obgleich wir ganz gewiß keinen Anlaß zur Heiterkeit haben. Eine solche Ursache liegt vor in der aus London kommenden Humungung, im Interesse Europas Vorschläge zu machen, die für die Entente annehmbar sind. Wenn wir in jemandes Interesse Vorschläge zu machen haben, dann geschieht es doch zunächst zu unserem eigenen Besten, denn wir haben bisher nicht gemerkt, daß wir von anderer Seite Hilfe erhalten hätten.

Das verarmte Deutschland, das mit Steuern überbürdet ist, soll für Europa sorgen. Diese britische Majorität geht beinahe noch über die französische Weisheit hinaus, daß wir sehr wohl imstande seien, den finanziellen Reparationsverpflichtungen nachzukommen und dies nur aus bösem Willen zu verweigern, aus dem gleichen Grunde auch den Wert der deutschen Reichsmark abschätzig herabgedrückt hätten. Was helfen uns denn alle „vernünftigen“ neuen Angebote, die wir machen sollen, da diejenigen in der deutschen Note vom 2. Mai noch nicht genügen, wenn Frankreich auf seinem Standpunkt der Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit festhalten will?

Die Londoner Regierung geht mit Poincaré nicht mehr unbedingt durch die dick und dünn, aber bis zu der offiziellen Erkenntnis hat sie sich doch noch nicht aufgerafft, daß sie angibt, daß die Verkündung nicht von Deutschland, sondern von den Franzosen abhängt. Solange in Paris keine andere Stimmung einzieht, können wir in unseren Vorschlägen mit „Engländern“ reden, Frankreich wird stets einen Vorwand finden, unsere Angebote für nicht annehmbar zu erklären.

England will nicht offensichtliche Differenzen mit seinem bisherigen „Freunde und Verbündeten“ herbeiführen, deshalb stellt es keine Forderungen an uns, die mit einem Male reine Wahn schaffern würden, sondern überläßt es uns, Angebote zu machen. Die 132 Milliarden in der Note vom 1. Mai-Ultimatum 1921 von Deutschland verlangt wurden, können wir nicht bezahlen, das wissen sowohl wir, wie die Franzosen. Wenn es sich um ein einfaches Geschäft handelt, und das behaupten beide Teile, so liegt nichts vor, was sie hindern könnte, offen darüber zu bekennen, und uns zu sagen, was uns jeweils zu begehren. In Paris und London gemacht worden, es liegt also kein Grund vor, antlich zu schweigen.

Nach dazu, da es sich um das Leben von ganz Europa handelt. Poincaré hatte den Russen Frankreich in den Vordergrund gestellt, und er wie vor ihm John Clemenceau hatten in brutaler Weise das „Recht des Stärkeren“ beim ersten Vorteil wahrzunehmen. Das Friedensverträge für erlösigen, wenn der Siegerwille das entscheidende sein soll, ist nach der Auffassung der französischen Staatskunst nebenfallsch. Die Dinge ändern sich aber, wenn das Interesse von Europa in die Waagschale geworfen wird.

Mag die Rolle, die Frankreich heute in Europa spielt, noch so hoch eingeschätzt werden, man kann doch unmöglich behaupten, daß das Interesse von Frankreich und Europa mit einander zu identifizieren. Das Schlagwort „Das Interesse von Europa“ ist nun jedenfalls in dem Streit um die Abrüstung geherren, und es wird daraus nicht wieder verschwinden. Es kommt nicht bloß auf Deutschland an, sondern auf das wohlhergebrachte unjeres Erdteils.

Der Sowjetvertreter Worowski in Lausanne einhaken. Lausanne, 11. Mai. Im Hotel Cecil, wo die russische Delegation wohnt, wurde der russische Bevollmächtigte Worowski beim Abends durch einen Revolverbeschuss ins Bein getroffen. Seine Begleiter, der Presseschef Ahrens und der Sekreär Ditschowski, wurden jedoch durch mehrere Schüsse getötet. Ditschowski lagte schwer. Ahrens dagegen befindet sich außer Lebensgefahr.

Die schweizerische Konferenz.

Die internationalen Delegationen haben bisher in keiner Weise offiziell gegenüber der Sowjetdelegation oder der Delegation der Verbündeten über den Wort an Worowski ausgesprochen. Sie geben der Delegation

lediglich eine Erklärung, in der sie die Vorgänge auseinandersetzen, die der Verweigerung des Rufens vorangegangen sind. Eine ähnliche Erklärung veröffentlichte das schweizerische Departement, das hinzusetzt, daß die demnach erfolgte Erteilung des Rufens an Worowski und die beiden anderen Delegationsmitglieder auf einen Zeitraum der römischen beziehungsweise der Berliner schweizerischen Gesandten beruht habe. Nachdem dann Worowski und seine Genossen in Lausanne eingetroffen seien, habe man sie schweizerischerseits als Privatleute behandelt. Da aber dem Bundesrat zur Kenntnis gelang, daß gewisse Kreise sich über die Anwesenheit der Vertreter Sowjetrußlands in Lausanne aufregten, habe das politische Departement den Polizeibehörden Mitteilung erteilt, die Russen als Privatleute vor Befragungen zu schützen.

Nach in der politischen Kommission, die am Freitag über die Frage der Aufnahme Bulgariens, Portugals, Polens und der Fischereiabgabe zu den wirtschaftlichen und finanziellen Abkommen des Friedensvertrages verhandelte, war offiziell von der Ermordung nicht die Rede.

Türkische Seite.

Einmal mehr Lebensart haben die Türken gezeigt. Die türkische Abordnung veröffentlicht folgende Mitteilung:

General Ismet Pascha spricht in seinem Namen und im Namen der Delegation, deren Präsident er ist, in tiefer Bewegung sein lebhaftes und aufrichtiges Bedauern aus über den tragischen Tod des Herrn Worowski, der eine große, heroische Gestalt, mit dem Herrn Pascha während der ganzen Konferenz ausgezeichnete Beziehungen unterhielt und dessen hervorragende Eigenschaften es uns sehr schmerzt hat.

Seine Mitgeschickten Konradis.

Der Arbeiter, der niederkniet vom Untersuchungsrichter vernommen wurde, erklärte:

„Ich habe kein Verbrechen begangen, auch keine Frau, eine geborene Pötsch, habe nicht von dem Mann gemordet. Er habe nicht im Sinn gehabt, die Begleiter Worowskis zu töten. Worowski selbst wollte er aber unbedingt erschießen. Verwandte und Freunde von ihm seien von Polizeibehörden erschossen, ermordet und getötet worden. Die Tat der Zerstörung habe er sehr bedauert. Die Welt wird ihm dafür dankbar sein.“

Das vorgelegene Memorandum Konradis gibt nur Angaben über den Lebenslauf des Zitierten, über das Schicksal eines Vaters, eines bekannten Petersburger Schokoladenfabrikanten, der unter bolschewistischer Herrschaft im Gefängnis vor Hunger gestorben sein soll, und über die Beziehungen zu der Tat, die als anstreiflich verhänglicher Mordsekt dargestellt ist.

Die schweizerische Presse verurteilt allgemein die Lausanner Mittat, die sie aber durchweg als einen Wort an persönliche Motive bezeichnen; da es sich um eine private Tat der Mord handelt, werde der Fall vor dem Moskauer Justizgericht abgeurteilt werden.

Ein russisches Protest?

Es verlautet, daß die russische Regierung eine außerordentlich scharfe Protestnote an die Schweizer Regierung richten werde. Dabei, der in Berlin eingetroffen ist, erklärt der Berliner russischen Zeitung „Matin“ in einem Interview, die Gerücht Worowski sei eine indirekte Folge der offiziellen englischen Politik gegen Sowjetrußland. Infolge der durch die Haltung Englands geschaffenen Atmosphäre habe die schweizerische Regierung, obgleich sie Hunderte von Espionen zur Beobachtung jedes verdächtigen Russen unterhalte, kein Mittel zum Schutz Worowskis finden können, zu dessen Ermordung offen aufgefordert worden sei.

Verhaftungen gegen die Schweiz.

Eine offizielle Mitteilung macht darauf aufmerksam, daß Worowski einen ihm angebotenen Schutz und Überwachungsamt für die russische Delegation abgelehnt habe. Demgegenüber erklärt der russische Presseschef Ahrens, der ermordete Worowski habe einen Schutz seiner Person niemals abgelehnt. Wegen seiner fortgesetzten Angriffe auf die Schweiz werden die Bundesbehörden gegen Ahrens mit der Ausweisung vorgehen.

Die englisch-russische Spannung.

Straßin fährt nach London.

Die Drohung Englands, die englische Handelsmission aus Moskau abzuberufen, falls nicht binnen 10 Tagen gewisse englische Forderungen erfüllt werden, wird in Moskau wohl mit einer gewissen abschätzigen Heberhebung als Kriegsgeschrei gedeutet. Vorläufig sucht die Sowjetregierung allerdings nach einem Ausgleich. Der Daily Express berichtet aus Moskau, daß die Sowjetregierung beschlossen habe, den Handelsmissionen Straßin nach London zu entsenden, der unverzüglich auf dem Luftwege zurück abreisen sollte. Straßin werde außerdem eine Abordnung im Angelegenheit der Sowjetabhandlung in London kandidieren. In ihrer Antwort auf die britische Note nehme die Sowjetregierung den Standpunkt ein, daß für Abrüstung der Beziehungen die britische Regierung verantwortlich sei.

Diplostation im Unterhans.

Die Politik der englischen Regierung Ausland gegenüber läßt nach einer Times-Meldung im Unterhans auf starke Opposition. Die Arbeiterpartei und die unabhängigen Liberalen hätten bereits ihrer Ablehnung kund gegeben, in diesem Punkt gegen die Regierung zu stimmen, und neuerdings hätten auch die Nationalliberalen beschlossen, mit der Opposition zu stimmen. Freilich sei zweifelhaft, ob dies die Mitglieder der nationalliberalen Partei binden werde, die sich zu einer allgemeinen Unterföhrung der Regierung verpflichtet hätten. Dem Versuchen nach werde der Präsident Bundesamt des Handelsministeriums am Dienstag stattfinden soll, mit der Stellung der Sowjetabhandlung befaßt. Der allgemeine Eindruck sei, daß das Versprechen der Delegation den Handel mit Rußland in keiner Weise im Mitleidenschaft ziehen werde.

Der neue Steuerabzug.

Die Beschlüsse des Steueranlasses. Zur Regelung des Steuerabzuges nahm der Steueranlass des Reichstages folgende von Staatssekretär Haaf mitgeteilten Vorschläge der Regierung einstimmig an:

1. Der Betrag der Lohnsteuer von 10 Proz. des Arbeitslohns ermäßigt sich entsprechend für die Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau um 1200 M. monatlich.

2. Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind um 800 M. monatlich. (Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitsentlohnungen beziehen, werden nicht gerechnet.) Zur Abgeltung der Verbrüchungen um 10 000 M. monatlich für volle Arbeitszeit, für kürzere Zeiträume um 100 M. für je zwei angefangene Arbeitsstunden.

Diese Bestimmungen sollen am 1. Juni 1923 in Kraft treten.

Die von der Annahme dieses Beschlusses in der Vollversammlung des Reichstages ist nicht zu zweifeln.

Deutsches Reich.

den 14. Mai 1923.

Der Nachfolger v. Braun im Reichstage. Nachfolger im bayerischen Reichstagsamt des verstorbenen Staatsrats und Präsidenten des Reichswirtschaftsrates Edlen v. Braun im Reichstag ist der Berliner Geheimrat v. Stahl von der Deutschen Volkspartei, die mit den Deutschnationalen in Berlin eine gemeinsame Wahlliste hatte. Stahl ist nun bereits Mitglied des Reichstages. Der nächste ist dann Reichsdirektor Tost, früher in Nürnberg, der von der Deutschnationalen Partei zum bayerischen Reichstagsabgeordneten ist.

Verpflichtete Maßnahmen gegen renitente Landtagsabgeordnete. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Preussischen Landtages beriet über eine Reihe von Anträgen zur Verhängung der Ordnungsbestimmungen. Nach den neuen Bestimmungen soll die Dauer der Geschäftsordnungsverhandlungen grundsätzlich auf fünf Minuten beschränkt werden. Der Präsident wird beauftragt, die verhängten Ordnungsbestimmungen besonders auch dann anzuwenden, wenn sich ein Abgeordneter seinen Anordnungen nicht fügt. Während bisher die Ausschließung eines Abgeordneten im strengsten Falle 15 Sitzungstage betragen kann, soll in besonders schweren Fällen aber bei wiederholtem Ausschluß die Zeitnahme an 20 Sitzungen unterlag werden können.

Weiter wurde beschlossen, dem Landtag die Annahme einer Bestimmung zu empfehlen, wonach der Präsident Abgeordnete, die trotz ihres Ausschlusses versuchen, in die Sitzungen des Landtages oder seiner Ausschüsse einzudringen, oder sonst die Ordnung in den Verhandlungen stören, bis zum Ablauf des letzten Ausschlußgebändes im Ansehtfall im Landtagsgebäude unterlag werden können.

Das Fortschrittsorganisationsgesetz beschäftigte den Ausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft u. Ernährung. Zur Begründung nahm der Vertreter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, Staatssekretär Dr. Heinrich, das Wort. In der Begründung wurde besonders hervorgehoben, daß die Landwirtschaft der Landwirtschaft der Zeitpunkt vom 15. Juni 1923, bis zu dem die Verträge über das aufzubringende Getreide abgeschlossen sein sollen, als zu früh beanstandet. Der Vertreter des Ministeriums erklärte, eine spätere Festlegung für unmöglich, da sonst die Vorbereitungen für eine rechtzeitige Durchführung der Umlage nicht mehr getroffen werden könnten. Er faßte dagegen zu, daß die Regierung nicht heimlich an diesem Standpunkt festhalten werde, wenn der Vertragsabschluss sich nur um Tage verzögere. Vertreter des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft u. Ernährung sprach sich für eine Umlage aus, die dem Landwirt einen Teil der Umlage ersparen würde.

Achtung!

Nur 2 Tage steht dieses erstklassige Programm auf dem Spielplan.

Verlängerung unmöglich.

Insgesamt 11 Akte.

Dienstag, den 15. und Mittwoch, den 16. Mai
Spieldauer 2 1/4 Stunde.

Insgesamt 11 Akte.

Gipfel der Macht

Revolutions-Sensations-Drama.

Zwei Welten

Drama aus dem Kleinstadtleben.

Ich bringe mit diesem Film ein erstklassiges Programm zur Vorführung, so dass das Dienstag- gegen das Sonntag-Programm nicht zurücksteht. Ein jeder muss dieses reichhaltige Programm sehen, denn es kommt jeder reichlich auf seine Kosten.

Vorführung 6.30 und 9 Uhr.

Die für die Zeit vom 30. April bis 13. Mai d. J. erteilten, erteilten Brotmarken mit dem schwarz aufgedruckten „H“ verlieren am 13. Mai ihre Gültigkeit.
Nach diesem Tage dürfen die Bäcker und Mehlhändler diese Marken nicht mehr annehmen.
Die Bäcker und Mehlhändler haben diese Marken bis spätestens Dienstag, den 15. Mai bei der Getreide- und Mehlstelle abzuliefern. Die Bäcker und Mehlhändler werden ausdrücklich darauf hingewiesen, verfallene Marken nicht mehr anzunehmen, da hierfür Mehl nicht mehr herausgibt wird.

Weißenfels, den 11. Mai 1923.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Getreide- und Mehlstelle.

Nr. 35

In Anbetracht der Gewerbesoffenheit haben die Vertreter von Handel, Gewerbe und Handwerk folgende wöchentlichen Beiträge beizuführen:

Gewerbetreibende	I	M. 2000
	II	1000
	III	500
	IV	200

Die Einziehung erfolgt durch die Stadtwirtschaft. Gewerbetreibende, welche sich an der Veranstaltung nicht beteiligen, haben sich die daraus ergebenden Folgen selbst zuzuschreiben.

Die Vertreter von Handel, Gewerbe und Handwerk
J. v. G. Müller, Weier.

Von Seiten der Stadtwirtschaft.
Schäfers, Bürgermeister.

Die Aufsicht auf unserm Schützenplatz übt Herr Emil Weyel, Dammstraße aus.

Demselben ist auch die Grasnutzung daselbst überlassen.

Der Schützenverein.

Der Verein für Körperkultur, Leuchern beabsichtigt am 24. Juni einen öffentlichen Wettstreit zu veranstalten. Hierzu benötigt er Quartiere für auswärtige Sportkollegen für die Nacht vom 23. zum 24. Juni. Im Anbetracht des gesunden Sportes bitten wir die geehrte Einwohnerschaft von Leuchern um Zuweisung von Quartieren.

Verein für Körperkultur.

Öffentlicher Hausverkauf in Leuchern.

Erbteilungsfall soll das zu Leuchern belegene Hausgrundstück Schützenstr. 15 mit Stallungen und Vorgarten durch mich verkauft werden. Im Anbetracht der Eilen habe ich hierzu öffentl. Verkaufstermin auf **Sonntag, den 19. ds. Mts. nachm. 3 Uhr im Gasthof zum Löwen in Leuchern** anberaumt und lade Kaufliebhaber dazu ein. 20% der Kaufsumme sind anzuzahlen oder sicherzustellen.

Hermann Ott, vereideter Versteigerer in Zeitz, Kallstr. 23.

Lieferscheinbücher Bestellzettellbücher Arbeitsbücher

eingetroffen bei

R. Lieferenz, Papierhandlung.

Hamster-, Ziegen-, Zickel-, Kanin- und alle anderen Sorten

Felle

kauft zum höchsten Tagespreis.
Auch laufe und tausche jeden Posten

Schafwolle

gegen meine prima Strickgarnwolle ein.

Günth. Benkenstein,
Gartenstraße 7.

Pfingsten! Grüner Baum, Leuchern. Grosses Volksfest

beraustaltet vom Gewerkschaftskartell und Arbeitersportvereinen. Vom Sonnabend, d. 19. bis Dienstag, d. 22. Mai.

Achtung. Radfahrer.

Wir führen sämtliche

Ersatzteile

für Fahrräder und Freiläufe aller Systeme.

Fahrad-Mäntel und Schläuche, Radbecken, Schlauchreifen für Kinderwagen. Reifen aller Größen zu billigen Preisen.

Dimke u. Herrmann, Weißenfels a. S.,

Große Durgstr. 1. Am Markt.

Größtes Spezialhaus und Reparaturwerkstatt am Tel. 528. Platz. Tel. 528.

Für jede Tageszeitung

vermitteln wir auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen

Anzeigen

vollständig und ohne Aufschlag auf die festgesetzten Gebühren.

Geschäftst. d. Wöchentlichen Anzeigers.



Drogerie Curt Eitze, Oberstr. 5.

Kreisarbeitsnachweis Leuchern.

Ämtliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Geschäftszeit werktäglich von 8 1/2 - 1 Uhr.

Gesucht werden:

Mädchen verschiedenen Alters in die Landwirtschaft, 2 Landw. Arbeiterinnen, 1 Mädchen nach Bad Kösen, ältere Dreher.

Stellen suchen:

Tischler, Maurer, Zimmerleute, Schlosser, Schmiede.

Eine Ledertasche

von Unterm Berge, nach Schortauerstraße bis Grünen Weg verloren gegangen. Wiederbringer erhält gute Belohnung.

Geißler & Albrecht.

Kinderwagen

ist zu verkaufen. Dasselbe ist ein Paar Anaben-Schuhe von Größen bis Leuchern gefunden worden. Größen Nr. 65.

Schützenverein Schortau.

Mittwoch, den 16. d. M. abends 8 Uhr

Extra-Versammlung

im Gasthof Schortau. Wichtige Tagesordnung.

Mädchen

für ruhigen Haushalt gesucht. Gera R., Babelstr. 9 I.

2 Paar Schuhe Nr. 35 1 " " " 34 billig zu verkaufen. Nr. 15.

Schweine

zu verkaufen. Walter Brösch, Gröben.

Gute Käufer

für die verschiedensten Gegenstände, wie neue und gebrauchte Möbel, Einrichtungsgegenstände, Musikinstrumente, Nähmaschinen, Hausgeräte usw., melden sich stets in grosser Zahl auf eine „Kleine Anzeige im: „Wöchentlichen Anzeiger“.

Bock und Zickel

zu verkaufen. Größte Nr. 48.

Läuferschwein

ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Pl.

Kinderwagen

ist zu verkaufen. Grüner Weg 7.

Warzen

beseitigt schnell und schmerzlos Dr. Bußels Warzenzerstörer. Zu haben bei C. Eitze, Drogerie.

Ansichtskarten

empfohlen R. Lieferenz

Henke die Wäsche ein!

Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda; allbewährt für Wäsche und Hausputz.

Alleinige Hersteller: HENKEL & CIL., DÜSSELDORF.

Gestern Abend 1/2 10 Uhr erlöste Gott unser herzengutes unvergessliches Töchterchen Elli im Alter von 2 1/2 Jahr, von ihrem kurzen aber qualvollen Krankenlager.

In tiefem Weh die trauernden Eltern

Herrn Müller u. Frau nebst Geschwistern.

Die Beerdigung findet Donnerstag vorm. 11 Uhr statt.

Herr Oswald Metzsch.

15 Jahre stellte er sich mit seltener Pflichttreue in den Dienst der Allgemeinheit. Wir werden seiner stets ehrend gedenken.

Sanit.-Kolonie v. Roten Kreuz.

Wöchentlicher Anzeiger für Tschern und Umgegend



Verlagsort: Dieckhoff'sche Buchdruckerei 100. — W., Postamt 900. — W.

Verlagsannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10, bis höchstens um 9 Uhr. Spätere und kompliziertere Aufträge müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erst tritt wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Wöchentliche Bezugspreise: Druck und Vertrieb 1170.00 M., von unterer Seite bis zum Ende 1200.00 M., Einzelnummer 120.00 M.

Bestellungs- und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von anderen Orten und allen Postämtern angenommen.

Anteiliges Verkündigungsblatt für die Stadt Tschern.

№ 56

Dienstag, den 15. Mai 1923

62. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Französische Truppen sind bei Karlsruhe einen Kilometer weit vorgedrungen.

— Krasin begibt sich im Auftrag der Sowjetregierung nach London, um eine Regelung der schwedischen Grenzfragen zu versuchen.

— Der Geschäftsordnungs-Ausschuss des Preussischen Landtages hat verschiedene Bestimmungen gegen rentierte Abgeordnete beschlossen.

— General Dequaire hat eine neue Verordnung erlassen, wonach der Bekämpfung von 15. Mai ab auch für das Einbruchgebiet in Westfalen tritt.

— Der russische Pressedirektor in Lausanne erzieht wegen seiner Angriffe gegen die Schweiz einen Ausweisungsbefehl.

— Der Dollar steigt an der Berliner Börse auf 42 9/32.

Im Interesse Europas.

In Sachen der Abstraktion ist es für uns zunächst schwerer, den nötigen Ernst zu bewahren, als es für einen ganz gewöhnlichen Mensch zu sein pflegt. Eine solche Ursache liegt vor in der aus London stammenden Mitteilung, im Interesse Europas Vorschläge zu machen, die für die Entente annehmbar sind. Wenn wir in jemandes Interesse Vorschläge zu machen bösen, dann geschieht es doch zunächst zu unserem eigenen Besten, denn wir haben bisher nicht gemerkt, daß wir von anderer Seite Hilfe erhalten hätten.

Das verarmte Deutschland, das mit Steuern überhäuft ist, soll für Europa sorgen. Diese britische Kapitulation geht beinahe noch über die französische Behandlung hinaus, daß wir sehr wohl inlande sein, der finanziellen Reparationsverpflichtungen nachzukommen und dies nur aus bösen Willen verweigern, aus dem gleichen Grunde auch den Wert der deutschen Reichsmark abichtlich herabgedrückt hätten. Was helfen uns denn alle „vernünftigen“ neuen Angebote, die wir machen sollen, da diejenigen, die den deutschen Mark 2 Mal noch nicht gemerkt, wenn Frankreich auf seinem Standpunkt der Unvermutung und Restlosigkeit stehen bleibt?

leit lediglich eine Erklärung, in der sie die Vorgänge auseinandersetzen, die der Verzögerung des Bismarck-Büros entgegenstehen. Eine ähnliche Erklärung veröffentlicht das schweizerische Departement, das hinzufügt, daß die dann doch erfolgte Erteilung des Bismarck-Büros und die beiden anderen Delegationsmitglieder auf einem Zeitpunkt die nötigen Beziehungen der Berliner schweizerischen Gesandten beruht habe. Nachdem dann Bismarck und seine Kollegen in Lausanne eingetroffen seien, habe man sie schweizerischerseits als Privatleute behandelt. Da aber dem Bundesrat zur Kenntnis gelangt ist, daß gewisse Kreise sich über die Unannehmlichkeit der Vertreter des Bismarck-Büros in Lausanne aufregten, habe das schweizerische Departement den Botschaftern Mitteilung erteilt, die Russen als Privatleute vor Befähigungen zu schützen.

Auch in der politischen Kommission, die am Freitag über die Frage der Zulassung Belgiens, Portugals, Polens und der Tschechoslowakei zu den wirtschaftlichen und finanziellen Abkommen des Friedensvertrages verhandelte, war offiziell von der Ermordung nicht die Rede.

Türkische Beileid.

Einmal mehr Lebensart haben die Türken gezeigt. Die türkische Abordnung veröffentlicht folgende Mitteilung:

General Smet Polka bricht in seinem Namen und im Namen der Delegation, deren Präsident er ist, in tiefer Bewegung sein lebhaftes und aufrichtiges Bedauern aus über den tragischen Tod des Herrn Bismarck, der eine große, bewunderte Macht verlor, mit dem Namen Polka während der ganzen Konferenz ausgezeichnete Beziehungen unterhielt und dessen hervorragende Eigenschaften es leicht gemacht hat.

Meine Mitschuldigen Sourdis.

Der Mörder, der wiederholt vom Untersuchungsrichter vernommen wurde, erklärte:

„Er habe keine Tat allein verübt, auch seine Frau, eine geborene Kottin, habe nichts an dem Plane gemacht. Er habe nicht im Sinn gehabt, die Begleiter Bismarcks zu treffen. Bismarck selbst wollte er aber unbedingt erschlagen. Demande und Freunde von ihm seien von Bismarck'schen Freunden, ermordet worden. Die Tat der Zerstörung habe er jetzt vollbracht.“ Die Welt wird ihm dafür dankbar sein.

Das vorgelegene Memorandum Contraband gibt nur Angaben über den Gehalt des Zehners, über das Schicksal eines Vaters, der eines betamten Beirater Schokoladenfabrikanten, der unter beschuldiger Herrschaft im Gefängnis vor langer gefangen sein soll, und über die Verhältnisse zu dem Ende, die als ausschließlich persönlicher Missetat dargestellt wird.

Die schweizerische Presse beurteilt allgemein die Lausanner Vorkämpfe, die sie aber durchweg als einen Mord aus persönlichen Motiven betrachtet, da es sich um eine private Tat der Missetat handelt, welche der Fall vor dem schweizerischen Gericht abgeurteilt werden.

Eine russische Protestnote?

Es verlautet, daß die russische Regierung eine außerordentlich scharfe Protestnote an die schweizerische Regierung richten werde. Nach, der in Berlin eingetroffen ist, erklärt der Berliner russische Botschafter, daß in einem Schreiben, die Ermordung Bismarcks sei eine indirekte Folge der offiziellen englischen Politik gegen Sowjetrußland. Infolge der durch die Haltung Englands geschaffenen Atmosphäre habe die schweizerische Regierung, obgleich sie Hunderte von Spionen zur Beobachtung jedes verdächtigen Russen unterhalte, kein Mittel zum Schutze Bismarcks finden können, zu dessen Ermordung offen aufgefordert worden sei.

Verhandlungen gegen die Schweiz.

Eine offizielle Mitteilung macht darauf aufmerksam, daß Bismarck einen ihm angebotenen Schutz und Lebensversicherungsdiener für die russische Delegation abgelehnt habe. Demgegenüber erklärt der russische Pressedirektor, der ermordete Bismarck habe einen Schutz seiner Person niemals abgelehnt. Wegen seiner fortgesetzten Angriffe auf die Schweiz werden die Russen beschließen gegen Abweisung vorgehen.

Die englisch-russische Spannung.

Krasin fährt nach London.

Die Drohung Englands, die englische Handelsmissionen aus Moskau abzurufen, falls nicht binnen 10 Tagen gewisse Forderungen erfüllt werden, wird in Moskau, wohl mit einer gewissen absichtlichen Übertreibung, als Kriegsgefahr gedeutet. Vorläufig jagt die Sowjetregierung allerdings nach einem Ausgleich. Der Daily Express berichtet aus Moskau, daß die Sowjetregierung beschlossen habe, den Handelskommissionar Krasin nach London zu entsenden, der unverzüglich den Forderungen der Briten abtreten solle. Krasin werde entweder eine Regelung zu erzielen suchen, oder, wenn ihm dies nicht gelinge, die Angelegenheit der Sowjet-Handelsdelegation in London handhaben. In ihrer Antwort auf die britische Note nehme die Sowjetregierung den Standpunkt ein, daß für Abbruch der Beziehungen die britische Regierung verantwortlich sei.

Opposition im Unterhaus.

Die Politik der englischen Regierung Rußland gegenüber löst nach einer Times-Meldung im Unterhause auf starke Opposition. Die Arbeiterpartei und die unabhängigen Liberalen hätten bereits ihrer Ansicht Ausdruck gegeben, in diesem Punkt gegen die Regierung zu stimmen, und neuerdings hätten auch die National-Liberalen beschlossen, sich mit der Opposition zu verbinden. Freilich sei zweifelhaft, ob dies die Mitglieder der national-liberalen Partei binden werde, die sich zu einer allgemeinen Unterstreichung der Regierung verpflichtet hätten. Dem Vernehmen nach werde der Präsident des Handelsamtes sich zu Anfang der Debatte, die am Dienstag stattfinden soll, mit der Stellung der Sowjet-Handelsdelegation befassen. Der allgemeine Eindruck sei, daß das Verschwinden der Delegation den Handel mit Rußland in keiner Weise „Mitleidenschaft ziehen werde.“

Der neue Steuerabzug.

Die Beschlüsse des Steueramts.

Zur Regelung des Steuerabzuges nahm der Steueramtsrat des Reichstages folgende von Staatssekretär Hoff mitgeteilten Vorschläge der Regierung einstimmig an:

Der Betrag der Lohnsteuer von 10 Proz. des Arbeitslohnes ermäßigt sich:

1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau um je 1200 M. monatlich;

2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind um 8000 M. monatlich. (Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitsentlohnungen beziehen, werden nicht gerechnet.)

3. Zur Absetzung der Abzugskosten um 10 000 Mark monatlich für volle Arbeitstage, für kürzere Zeiträume um 100 Mark für je zwei angefangene Arbeitstage.

Diese Bestimmungen sollen am 1. Juni 1923 in Kraft treten.

An der Annahme dieses Beschlusses in der Reichsversammlung des Reichstages ist nicht zu zweifeln.

Deutsches Reich.

den 14. Mai 1923.

Der Nachfolger v. Brauns im Reichstage. Nachfolger im bayerischen Reichstagsmandat des verstorbenen Staatsrats und Präsidenten des Reichswirtschaftsrates Graf v. Brauns ist der Berliner Geheimrat v. Wahl von der Deutschen Volkspartei, die mit den Deutschnationalen in Berlin eine gemeinsame Wahlliste hatte. Wahl ist nun bereits Mitglied des Reichstages. Der nächste im Reichstagsrat, der früher in Nürnberg, der von der Deutschnationalen Partei zum Reichstagsmitglied übergetreten ist.

Verstärkte Maßnahmen gegen rentierte Landtagsabgeordnete. Der Geschäftsordnungs-Ausschuss des preussischen Landtages beriet über eine Reihe von Vorschlägen zur Verstärkung der Ordnungsbestimmungen. Nach den neuen Bestimmungen soll die Dauer der Geschäftsordnungsmaßnahmen grundsätzlich auf fünf Minuten beschränkt werden. Der Präsident wird beauftragt, die verstärkten Ordnungsbestimmungen besonders auch dann anzuwenden, wenn sich ein Abgeordneter seinen Anordnungen nicht fügt. Während bisher die Ausschließung eines Abgeordneten im strengsten Falle 15 Sitzungstage betragen kann, soll in besonders schweren Fällen der Abgeordnete unterlag werden können.

Weiter wurde beschlossen, dem Landtag die Annahme einer Bestimmung zu empfehlen, wonach der Präsident Abgeordnete, die trotz ihres Ausschusses befehlen, in die Sitzungen des Landtages oder seiner Ausschüsse einzutreten, oder sonst die Ordnung in den Landtagssälen zu verletzen, bis zum Ablauf des letzten Ausschusses den Aufenthalt im Landtagsgebäude unterlag kann.

Das Brotverordnungs-gesetz beschäftigte den Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft u. Ernährung. Zur Begründung nahm der Vertreter des Reichswirtschaftsrats für Ernährung und Landwirtschaft, Reichssekretär Dr. Seiwitz, das Wort. In der Entscheidung wurde bestimmt, von „Brotgetreideerzeugern“ der Landwirtschaft der Zeitpunkt vom 15. Juni 1923, bis zu dem die Verträge über das aufzubringende Getreide abgeschlossen sein sollen, als zu früh beanstandet. Der Vertreter des Reichswirtschaftsrats, eine spätere Forderung für unmöglich, da sonst die Bestimmungen für eine rechtzeitige Durchführung der Entzifferung nicht mehr getroffen werden könnten. Er sagte dagegen zu, daß die Regierung nicht feil sein an diesem Standpunkt festhalten werde, wenn der Vertragsschluss sich nur um Tage verzögere. Vertreter des Reichswirtschaftsrats für Ernährung und Landwirtschaft, Reichssekretär Dr. Seiwitz, sprach sich für die Annahme aus, daß die Bestimmungen über die Aufzubringende Getreide bis zum 15. Juni 1923, bis zu dem die Verträge über das aufzubringende Getreide abgeschlossen sein sollen, als zu früh beanstandet.



... und es wird daraus nicht wieder verschwinden. Es kommt nicht bloß auf Deutschland an, sondern auf das Wohlergehen unseres Erdteils.

Der Sowjetvertreter Worowski in Lausanne einhocken. Lausanne, 11. Mai. Im Hotel Cecil, wo die russische Delegation wohnt, wurde der russische Bevollmächtigte Worowski beim Abendessen durch einen Revolveranschlag ins Gesicht getötet. Seine Begleiter, der Pressedirektor und der Sekreär Dr. Divilowski, wurden jeder durch mehrere Schüsse getötet, Divilowski sogar schwer. Abends dagegen befindet sich außer Lebensgefahr.

Die schweizerische Konferenz.

Die internationalen Delegationen haben bisher in keiner Weise offiziell gegenüber der Sowjetdelegation oder der Öffentlichkeit ihr Bedauern über den Mord an Worowski ausgedrückt. Sie geben der Öffentlichkeit